

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

42. Jahrgang.

Dresden, 1897

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilian-Allee.)
Ausführlicher Catalog auch
auswärts gegen 20 Pfg. in
Briefmarken.

Bezugsgebühren
Hauptstadt Dresden, 1. März 1897.
Der Herr Redakteur
Dresdner Nachrichten
Herrn Dr. H. H. Schmidt
in Dresden
Ich erlaube mir, Ihnen
hiermit zu danken, dass Sie
mir die 42. Jahrgang
des Dresdner Nachrichten
für das Jahr 1897
gegen 20 Pfg. in Briefmarken
geschickt haben. Ich habe
dieselben mit Interesse
gelesen und bin sehr
zufrieden mit dem Inhalt.
Ich bitte Sie, mich
weiterhin in dieser
Weise zu versorgen.
Mit freundlichen
Grüßen
Herrn Dr. H. H. Schmidt

Modernste Wiener
Corsets
an dem berühmten Nieder-Atelier „Palerma“ in Wien

Heinrich
Paul,
Hoflieferant
Wallstr. 25.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Neuheiten
elegant garnirter Damenhüte.
Regelmässige, persönliche
Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris.

WEIN-Handlung
-Stuben
Portikus a. d. Markthalle

Max:
Kunath,
Wallstr. 8.

Photographie von Hahn's Nachf.

Spezialitäten: **Kinder- und Gruppen-**
Aufnahmen. Visitenkarten-Photographie
12 Stück 6 Mark, **Vergrößerungen**
nach jedem Bild in künstl. Ausführung.

Jetzt: Waisenhausstr. 16,

gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 124. Spiegel: Amerikanische Annahmen. Hofnachrichten, Künstlerausstellung, Garmatrathektion, Vereinstag für innere

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Vollständiges.

Von denen, welche der vorgelagerten Reichstags-Sitzung, die der Befreiung der von Nordamerika geplanten Zollhebung gemindert war, beigewohnt haben, wird wohl Keiner so befriedigt nach Hause gegangen sein, wie der Gesandte der Vereinigten Staaten, Herr Uhl, der in der Diplomatensalve mit güdiger Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgte. Der Gesamt-Eindruck war ein beruhigender, daß er berechtigt wäre, nach Washington zu berichten: Auf die Berliner Regierung und den deutschen Reichstag braucht Uhl keine Rücksichten zu nehmen; je rücksichtsvoller Jor gegen Deutschland verfährt, um so geringer wird die Wahrscheinlichkeit, daß man sich in Berlin zu energischen Gegenmaßnahmen entschließen wird. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Marschall, hat seiner volkswirtschaftlichen Uebersetzung Ausdruck gegeben, daß jede Aktion, wenn sie gewisse Grenzen überschreitet, ganz naturgemäß eine um so kräftigere Reaktion hervorruft. Aber diese Reaktion darf nach seiner Ansicht nicht von derjenigen Seite ausgehen, gegen welche die Aktion gerichtet ist, sondern sie muß von dorthin kommen, von wo die Aktion erfolgte. Es wäre nicht das erste Mal, meinte Herr von Marschall, daß drüber über dem Ocean in dem Augenblick, wo eine Pluttwelle handelspolitischer Anschauungen die höchste Höhe erreicht zu haben scheint, in der Ferne bereits die Gegenströmung sichtbar wird, die bestimmt ist, die Kraft dieser Welle zu brechen und zu vernichten. Darnach würde deutschseits die beste Gegenmaßregel sein, gebildet den Lauf der Dinge abzuwarten in dem Vertrauen darauf, daß ein günstiger Rückschlag umso eher eintreten wird, je mehr der in Aussicht stehende nordamerikanische Zolltarif unsere Interessen schädigt. Die feindsinnigen Führer North und Eugen Richter zogen ganz richtig die Konsequenzen dieser nationalökonomischen Menscheneigenschaft, indem sie so nachdrücklich vorwarnten, etwas durch Drehungen mit einer Reflexionspolitik die Hochfluth der Schutzpolitik in Nordamerika einzudämmen zu wollen. Herr North wies auf die Empfindlichkeit des nordamerikanischen Parlaments hin und empfahl daher, ruhig den kommenden Ereignissen in's Auge zu sehen. Eugen Richter will auf Amerika nicht anders einwirken, als durch einen Appell an den gefunden Menschenverstand. Die Nordamerikaner sind allerdings so eminent praktische Geschäftspolitiker, daß sie diesem Appell Folge geben werden, indem sie zwar nicht von ihrer neuen Tarifpolitik Abstand nehmen, sondern daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß sie diese ungehindert ohne deutsche Gegenmaßnahmen zur Durchführung bringen dürfen.

Auf der Höhe der neuen Weisheit der nationalökonomischen Anschauungen eines Eugen Richter bewegen sich im Wesentlichen die Ausführungen unseres Staatssekretärs des Auswärtigen, dem darum auch diesmal die glänzende Genauigkeit zu Theil wurde, den letzten Befehl der Rinken einzubringen. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß der zwischen Preußen und der nordamerikanischen Union abgeschlossene Meißelbegünstigungsvertrag vom 1. Mai 1888 auf das Deutsche Reich übergegangen ist, was dadurch bestätigt wurde, daß thatsächlich unter Hinweis auf die bestimmten Paragraphen dieses Vertrages Rechtsansprüche erhoben und Berücksichtigungen für das ganze Deutsche Reich erfüllt worden sind. Als im Jahr 1888 eine Bekanntmachung bezüglich des spanischen Handelsvertrags erlassen wurde, wurden auch die Vereinigten Staaten in das Verzeichniß der meistbegünstigten Staaten aufgenommen. Deutschland hat auch zu wiederholten Malen von den Vereinigten Staaten auf Grund jenes preussischen Vertrags Rechte beansprucht und durchgesetzt. Nach der Meinung des Herrn von Marschall besteht dieses Meißelbegünstigungsverhältniß zwischen Deutschland und Nordamerika auch heute noch fort, obwohl dieser Staat wiederholt dazwischen vertrieben und die deutschen Protekte unberücksichtigt gelassen hat. Unser Staatssekretär des Auswärtigen hält es für das einzig Richtige, einzeln an den Vereinigten Staaten festzuhalten, die sich für Deutschland aus dem Meißelbegünstigungsvertragsverhältnisse ergeben und es bei der Erklärung zu lassen, daß es ein bedauerlicher Irrthum sei, Deutschland habe ein größeres Interesse an diesem Verhältniß festzuhalten, als Nordamerika. Seine Ausführungen gipfelten schließlich in der Bitte, der Reichstag möge zu den verbündeten Regierungen das Vertrauen haben, daß sie, wenn entscheidende Urtheile zu fassen sind, mit der Festigkeit, die auf unser gutes Recht fußt, auch die sühle und ruhige Ertragung verbinden werden, auf welche die großen und weitverbreiteten Interessen, die im Spiele sind, einen wohl begründeten Anspruch haben. Was nützt aber die Festigkeit, mit der die Vertreter der deutschen Regierung an anderen guten Rechten festhalten, wenn die Protekte gegen die Verletzung dieses uneres guten Rechtes, nicht des Oceans nicht die mindeste Wirkung haben? Herr von Marschall hat selbst gesagt, daß unter Protest gegen die Verletzung des Meißelbegünstigungsverhältnisses durch die sog. Wilsons nicht beachtet werden ist, obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten dessen Berechtigung anerkannt hat. In einer Botschaft vom 1. December 1894 hat Präsident Cleveland sich an den Kongress gewandt und unter Bezugnahme auf den deutschen Kongress dringend darum gebeten, daß die Vertragsverletzung beseitigt werde. Das Hauptanliegen war bei diesem Ansuchen nicht, daß die Erfüllung der Botschaft, und so hat der Wunsch des Präsidenten keine Erfüllung gefunden. Die deutsche Regierung hat sich damit begnügt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten angeblich Alles gethan habe, was in ihrer Macht stand, um einen Gesetzbuchsantrag wieder einzubringen, in dem auch die Verletzung des Meißelbegünstigungsverhältnisses erkläre. Angeht die Botschaft der Regierung in Washington, eine klagende Beschwerde zu verlesen, gab man sich in Berlin mit der Wirkungslosigkeit des Protestes zufrieden.

statt nunmehr die doppelte Verpflichtung zu fühlen, dem Einspruch Geltung zu verschaffen. Daß dieses Verfahren dazu ansetzt, die dergleichen Rechtsverletzungen nicht nur nicht zu verhindern, sondern eher dazu anzuportieren, liegt auf der Hand.

Der Appell an das Vertrauen zu der Energie der Regierung fand auf der rechten Seite des Hauses keinen Widerhall. Der konservativere Theil von Nordost entgegnete, daß das gestorbene unbedingte Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung nicht vorhanden sei, daß man sich vielmehr des Gedächtnisses nicht erwehren könne, daß zu Zeiten des Fürsten Bismarck die Amerikaner sich das nicht erlaubt haben würden, was sie jetzt aus gegenüber herausnehmen. Der liberalere Führer Graf zu Limburg-Sturum meinte, unsere nationale Würde und unser nationales Selbstgefühl erfordere, daß wir eine solche Verhandlung, wie aus die Amerikaner haben zu Theil werden lassen, nicht ruhig hinnehmen dürfen und daß selbst ein mit Rücksichten verhandelter Zolltarif besser sei, als die ganze Welt zusehe, was sich Deutschland habe bieten lassen müssen. Auch der national-liberale Redner Freiherr von Dersheim gab dem Beobachter (schonigen Ausdruck, daß wir uns überall schämen lassen und daß die deutsche Aengstlichkeit, wie sie Nordamerika gegenüber obmalte, unser Nationalgefühl verletzige.

Berichts- und Verhandlungsberichte vom 4. Mai.

Berlin. Den Gerüchten über eine Ministerkrise wird offiziell entgegengetreten, insbesondere wird die Redung als unrichtig bezeichnet, daß gestern ein Kronrat stattgefunden habe.

Paris. Im Wahlbezirk in der Gasse oberhalb des Verkaufsaumes der Herzogin v. Urs Feuer aus; auf welche Weise, ist noch unbekannt. Das Gebäude, welches eine Länge von 10 und eine Breite von 60 Metern hatte, war ganz aus Holz erbaut. Binnen 10 Minuten stand Alles in Flammen und es entstand ein unbeschreibliches Gedränge. Viele Personen wurden niedergedrückt und mit Füßen getreten. Auf den Trümmern des Bazars liegen die verkohlten, ganz unkenntlichen Leichen aufgeschüttelt; dieselben wurden von städtischen Ambulanzwagen nach dem Invalidenpark geschafft. Ungefähr 150 Verwundete wurden in ein Hotel gebracht. Nach Angabe des Polizeibeamten, der Dienst in dem Bazar versah, sollen 150 bis 180 Personen im Bazar gestorben sein, als das Feuer ausbrach. Bis 8 Uhr sollen bereits 100 Leiber feige feilt worden sein.

Berlin. Reichstag. Bei Eintritt in die Tagesordnung erörtert Präsident v. Baul die gestrige Aussprache des Abg. v. Saldhoff, daß die Abg. Dr. Bartsch und Richter als Delegirte des Auslandes aufzutreten seien, als entscheidende parlamentarisch unzulässig. Die Ueberlieferung über Entnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete vor 1885/86 wird in der Thatung genehmigt, nachdem auf eine Anfrage des Abg. Dr. Dammacher der Direktor des Kolonialamtes, Herr v. Richter erklärt hat, daß ihm von der Kolonialverwaltung keine Nachrichten bekannt sind; sollte sie sich aber doch dort zeigen, so würden die Entnahmen, die Dr. Koch in Kapland gemacht, auch nach Deutschland zugute kommen, umso mehr als der Minister Koch's Dr. Cohnstorf nach seiner Kolonie geschickt worden ist. Es folgt die Beratung der Saldhoff'schen Vorlage. — Abg. Richter (Frei. Volksp.) fragt an, wie es mit der vom Reichstag im November verprochenen Militärstrafprozedur stehe. — Staatssekretär v. Bötticher erwidert: Die Vorlage befindet sich bei den Bundesratsausschüssen; wenn die darüber beschlossenen, wird sie an das Plenum des Bundesrats, und wenn dieses wiederum keinen Rückhalt gegeben haben wird, wird die Vorlage unverzüglich dem Reichstage zugehen. (Zweiter Theil.) — Abg. Richter: Eine Verletzung von Staatsgeheimnissen über den Geschäftsgang im Bundesrat brauche ich nicht. Die Militärstrafprozedur ist uns vom Reichstag genehmigt worden für den vorigen Herbst verprochen worden; wenn sie trotzdem immer noch nicht vorliegt, so ist das nur ein Beweis dafür, daß der Reichstag in Regierungssachen nicht die nötige Autorität besitzt, um seine Beschlüsse zu erfüllen. — Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe den Reichstag gar nicht belehren wollen, ich habe ihm vielmehr nur sagen wollen, daß die Militärstrafprozedur in den Bundesratsausschüssen liegt. Das Verprechen des Reichstages geht nicht dahin, daß der Reichstag mit dieser Vorlage zum Zwecke befragt werden sollte, sondern nur dahin, daß sie im Herbst an die gesetzgebenden Körperschaften gelangt werde, und diese Vorlage ist erfüllt. Der Reichstag werde sich gewiß bemühen, die Angelegenheit zu beschleunigen, aber wenn sich bei einer Sache Schwierigkeiten zeigen, so dürfen man sich nicht wundern, wenn die Entscheidung nicht so schnell erfolgt, als es gewünscht werde. — Abg. Dr. Hoffe (nat-lib.) bemerkt, daß man von Berlin abgesehen, nicht alle in gleicher Lage befindlichen größeren Orte gleich behandelt, also entweder gemeinsam in Klasse A bringe oder gemeinsam in Klasse B bringe. — Abg. Richter: Der Reichstag hat keine Zeit, diese Vorlage zu beschleunigen, das heißt doch beides, also auch dem Reichstage. — Staatssekretär v. Bötticher: Herr Richter ist ein viel zu guter Kenner der Verfassung, als daß er nicht wissen sollte, daß eine Vorlage der Zustimmung des Bundesrats bedarf, also zunächst an den Bundesrat gehen muß, ehe sie an den Reichstag kommen kann. Wenn eine Vorlage einer Körperschaft zugut ist, so ist damit niemals eine Rücksicht gegeben, daß sie zu einer bestimmten Zeit aus der gesetzgebenden Körperschaft wieder herauskommt. — Abg. Richter bemerkt noch: Wie man hört, lägen im Bundesrat die Stimmen der preussischen Stimmen. Bei den außerpreussischen als bei den preussischen Stimmen. — Staatssekretär v. Bötticher: Was man hört, ist nicht immer richtig. (Große Ordezeitung.) — Die Vorlage wird einer Kommission überwiesen. — Der Gesetzentwurf betreffend anderweitige Bemessung der Wittwen- und Waisenrenten wird in zweiter Lesung unbeschadet angenommen. — Morgen: Auswärtiger Bericht.

Dresden. Die Eltern eines zur Heirat des Königs Wilhelm gehörenden Erbprinzen veröffentlichten heute einen Brief ihres Sohnes, in welchem dieser schreibt: Diese Woche kam Prinz Heinrich an Bord, den die Mannschaften antreten und ihm einen warmen Empfang zu Theil kommen. Ihre Majestät: In diesem Sommer leitet unsere Großmutter, Ihre Majestät die Königin Victoria, ihr königliches Heilungsstadium durch, wobei werden die Königin oder Kaiser vertreten sein. Ich beauftragte Dich, mit meinem Schiffe „König Wilhelm“ die deutsche Flotte zu repräsentieren und hoffe, daß die Mannschaften, trotz der alten Konstitution ihres Schiffes, Deutschland gut vertreten wird. Dieses ist der Mannschiff meines Schiffes „König Wilhelm“ sofort bekannt zu geben.

Stettin. Geh. Kommerzienrath Albert Schlüter wurde zum Mitglied des Herrenhauses berufen.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit, Wirtthochzeit.

Friedrich & Glöckner
Königsplatz 27
Pöschel und Lehmann

Stettin, Ladek,
Frisch, Pöschel-Schneid,
Höcker, Pöschel,
Zimmermann,
Pöschel und Lehmann.